

Sehr geehrte Zuhörenden und Anwesenden,

Personalmangel in Rettungswägen, Kliniken, die Rettungswagen und Patienten ablehnen, der sogenannte "Bettenmangel" hinter dem sich meist Personalmangel verbirgt, überlastete Haus- und Kinderärzte, in Kliniken abgelehnt bzw. zu anderen Kliniken weitertransportierte intensivpflichtige Kinder, ambulante Pflegedienste mit monatelangen Wartezeiten, katastrophale Zustände in Altenheimen, Wartezeiten für Psychotherapieplätze von ein bis zwei Jahren, in Kliniken alleingelassene oder durch Zeitmangel oder kostendeckenden Interventionen traumatisierte Gebärende, monatelange Wartezeiten auf einen Facharzttermin oder MRT.. - das alles ist keine Dystopie und es sind längst keine bedauerlichen Einzelfälle. Das alles ist die Symptomatik eines Gesundheitssystem, bei dem wir aktuell wieder beobachten können wie eine verstärkte Welle von RSV und Atemwegsinfekten das System ins Wanken bringt. Mit Blick auf die landesweit freien Intensivplätze für Kinder sprechen viele bereits erneut von einem Kollaps des Systems.

Dabei wird jeder zum Patient werden. Sei es um eine Krankmeldung abzuholen, sei es durch Unfall oder Krankheit oder Hilfsbedarf im Alter. Ein großer Anteil der Menschen wird die Qualität und Verfügbarkeit der Gesundheitsversorgung in mehrfacher Hinsicht zu spüren bekommen. Beispielsweise eine Person, deren Kind grade im Krankenhaus versorgt wird und deren Eltern ambulante Hilfe benötigen. Oder ein Elternteil, das in der Pflege arbeitet und die eigenen Eltern im Alter gerne selbst unterstützen würde, dies aber aufgrund der unvorhersehbaren Dienst- und Ausfallplanungen im Job nicht zufriedenstellend schafft. Wir alle hängen möglicherweise morgen existenziell von der Gesundheitsversorgung ab. Von den gesetzlichen Rahmenbedingungen aber auch ganz besonders von der Ausgestaltung und dem Angebot vor Ort, in unserem Landkreis.

2006 wurden die beiden Unikliniken in einem Bieterverfahren privatisiert.

Seitdem gibt es stetigen Widerstand der Mitarbeiter\*innen und Bevölkerung, zum Beispiel die Initiative "Notruf 113", Kritik von Verdi, Streiks und eine Petition.

Die Presse verfolgt die regelmäßigen Streiks und die langwierigen juristischen Verhandlungen zwischen Rhön/Asklepios und dem Land zu strittigen Investitionszahlungen. Die Kündigung von 15 Mitarbeiter\*innen einer chirurgischen Station, damit nahezu eine geschlossene Kündigung des gesamten Pflorgeteams der Station, sorgte für öffentliches Aufsehen.

Sparen wir uns die rückwärtsgerichtete Frage, ob Wettbewerb und übergeordnete wirtschaftliche Ziele, sprich Privatisierung, im Gesundheitssektor der richtige Ansatz hatte sein

können. Sparen wir uns Grundsatzdiskussionen dazu ob zentrale Sektoren des Gemeinwohls überhaupt an Unternehmen verkauft werden sollten.

Sparen wir uns Emotionen bei der Tatsache, dass Rhön/Asklepios seit langer Zeit bei Tarifverhandlungen und Streiks darauf verweist, dass das grade ein unpassender Zeitpunkt sei, weil erst das Land der Klinik aus Gleichstellungsgründen zustehende Investitionszahlungen tätigen müsse um die Kliniken zu sichern - während gleichzeitig zwischen 2015 und 2019 278,2 Millionen Euro Gewinne an Aktionäre ausgezahlt wurden wie unter anderem Verdi PUBLIK datiert. Reden wir nicht darüber, ob die Privatisierung aus Sicht des Landes nicht eben diese Investitionskosten hatte einsparen sollen. Rechnen wir nicht auseinander, ob nun der Steuerzahler seit Jahren die Aktionäre mitbezahlt.

Lasst uns Pflegende, medizinisches Personal und die Mitarbeiter\*innen in Transport, Küche, Hauswirtschaft, Verwaltung und jeglichen krankenhauseigenen Bereichen nicht beklatschen oder ihnen schein-solidarisch Dankbarkeit bekunden.

Laut Verdi wurde eine Erklärung von 70% der Belegschaft unterzeichnet mit der Forderung nach einem Entlastungstarifvertrag. In 100 Tagen soll wieder gestreikt werden, sollte keine Einigung erfolgen. Warten wir nicht zum unzähligsten Mal ab.

Stattdessen: Setzen wir uns jetzt dafür ein zu Handeln. Mit dem Rückkauf des UKGM. Mit dem Eingeständnis, dass die Unikliniken Gießen und Marburg die ersten und einzigen privatisierten Unikliniken sind, aber dieser Versuch gescheitert ist. Das größte und sich immer weiter verschärfende Problem des Gesundheitssektors seit den 60ern ist der Personalmangel. Eine Personalstruktur, die an erster Stelle der Wirtschaftlichkeit gerecht werden möchte, kann nicht dazu verhelfen die derzeit fehlenden Berufsgruppen attraktiv zu machen und regional zu halten. Die Pandemie, jetzt die RSV-Welle, verdeutlichen, dass das Krankenhaussystem Menschen braucht, die die medizinischen Berufe lieben und ausüben. Dazu benötigt es unter anderem der emotionalen und körperlichen Belastung und der Verantwortung angemessene Löhne. Genauso brauchen wir Arbeitsbedingungen, die es ermöglichen diesen Beruf dauerhaft guten Gewissens auszuüben. Mit gutem Gewissen gegenüber der eigenen Gesundheit und der Zeit und deren Planbarkeit, die für Familie, Freunde und Ausgleich bleibt. Und mit gutem Gewissen gegenüber den Patient\*innen, denn Personalnot erhöht letztlich die Sterblichkeit in der Klinik.

Statt zu Klatschen sollten wir den Wünschen der Mitarbeiter\*innen zuhören und Folge leisten. Aus Solidarität und uns selbst zu liebe.